

Warum ist die Weimarer Republik gescheitert?

Über diese Frage bestand bereits unter den Zeitgenossen keine Einigung. Meist wurden jedoch sehr einseitige und wenig differenzierte Schuldzuweisungen formuliert:

- Otto Braun/SPD – Versailler Vertrag und der destabilisierende sowjetische Einfluss über die KPD
- KPD – Industrie, Großagrarien und Militär
- Konservative, Liberale – die verblendeten Massen, die Hitlers NSDAP wählten
- ausländische Stimmen – der obrigkeitsstaatliche Charakter des deutschen Volkes und der preußisch-deutsche Militarismus
- weitere Meinungen – die Massenarbeitslosigkeit, die Unfähigkeit von Parteien und Regierungen

Heute hat sich die Meinung durchgesetzt, dass der Grund in der Verkettungen verschiedener Faktoren lag:

1. Härte des Versailler Vertrages: belastete die junge Demokratie von Anfang an
2. unvollendete Revolution 1918/19: Einfluss der alten Eliten nicht nachhaltig geschmälert, kein sozialer Ausgleich, keine Demokratisierung der Verwaltung
3. Schwächen der Weimarer Verfassung wie
 - a) Übermacht des Reichspräsidenten: kaum kontrollierbar, in Notsituationen kam es auf ihn an
 - b) Wahlrecht – Zersplitterung im Parlament, Bildung stabiler Regierungen erschwert
 - c) unzureichender Schutz der Grundrechte
 - d) destruktives statt konstruktives Misstrauensvotum via Notverordnungen suspendierbar, von Verfassungsfeinden missbrauchbar
 - e) Missbrauch möglich durch nicht vorgesehene Kombinationsmöglichkeiten von Art. 53/48/25 – Ausschalten des Parlaments
4. Inflation und Weltwirtschaftskrise
 - Schwächung des bürgerlichen Mittelstandes
 - Not der Massen (Verarmung, Arbeitslosigkeit)
 - Unzufriedenheit mit „Verantwortlichen“, Anfälligkeit für extremistische Propaganda
5. Antidemokratische Tendenzen
 - a) obrigkeitsstaatliches Denken
 - „alte Rechte“ (Adel, Offiziere, Justiz, Spitzenbeamte, Großagrarien, Großindustrie, DNVP) monarchistisch
 - „neue Rechte“ (Freikorps, Stahlhelm, völkische Gruppierungen, NSDAP) faschistisch
 - im Volk und bei vielen Mandatsträgern: Republik/Demokratie/Parlamentarismus „von den USA aufgebürdet“, „untaugliches Instrumentarium“, „Notlösung“, Hindenburg als „Ersatzkaiser“, „Regierung durch ungebildete Masse“, „Herrschaft der Minderwertigen“
 - b) aufgrund fehlender parlamentarisch-demokratischer Tradition ...
 - Parteien zu wenig kompromissfähig, fehlender Grundkonsens (parlamentarische Demokratie, Menschenrechte), keine Kooperation der Arbeiterparteien
 - fehlende Integrationsfunktion (außer NSDAP)
 - häufige Regierungswechsel
 - Entscheidungsfindung im Parlament schwierig (Entfremdung Bürger – Parlament)
 - Neigung, Extremisten zu wählen (Verlust der tragenden Mehrheit, Polarisierung)
 - bürgerliche Bolschewismusfurcht macht auf rechtem Auge blind (keine Abwehr der immer mächtigeren NSDAP)

... schleichender Verfall der Demokratie

- Mehrheitsregierungen als übliche parlamentarische Form (1919/1920): „Weimarer Koalition“
 - Minderheitsregierungen – die Ausnahme als Regel (1920–1926 überwiegend)
 - Abwechslung beider Modelle, Einschluss der Rechten DVP/DNVP (1923–1930 zeitweise)
 - Präsidialkabinette mit zunehmend autoritärem Stil (1930–1933)
 - Hitler, als „letzte Hoffnung“ (ab 1933) – Glaube, ihn bei Misserfolg genauso schnell loswerden zu können wie die Vorgänger
 - Entschlossenheit rechter Kreise, das parlamentarische durch ein autoritäres System zu ersetzen
6. Erfahrungen des Ersten Weltkrieges reichten nicht zur Absage an Gewalt (bürgerkriegsähnliche Zustände 1918/19, Aufstände 1920/23, politische Morde, Radikalisierung ab 1929: Straßenkampforganisationen)
 7. massenwirksame Propaganda der radikalen Parteien (vor allem NSDAP, eingeschränkt auch KPD)
 8. Rolle von Personen und Zufällen
 - Hindenburg
 - Papen, Schleicher (Intrigen!)
 - Hitler, der geschickte Demagoge
 - Tod Stresemanns und Müllers
 - Zeitpunkt der Kanzlerernennung Hitlers

Moderne Forschungsansätze relativieren verschiedene Faktoren. So können Belastungen wie der Versailler Vertrag natürlich auch insofern stabilisierend gewesen sein, als sie realpolitisch gemeistert werden mussten und wurden. Andererseits können Errungenschaften auf sozialem Gebiet in dem Moment destabilisierend gewirkt haben, in dem Realpolitik einen Abbau gebot.